

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1,20 Mark.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die halbpaltene Kolonial-Beile 60 Mark.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weg. Druck von G. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 8002.

Menschenvernichtung — Menschen-erhaltung.

II. 3. Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz.

Im ersten Artikel haben wir die Notwendigkeit einer planmäßigen Kinderfürsorge dargelegt. Heute soll kurz aufgezeigt werden, was zunächst in dieser Richtung geschehen muß.

Beginnen muß der Kinderschutz mit einer ausreichenden Fürsorge für die Schwangeren. So mancher Lebenskeim geht heute zugrunde oder wird in seiner Entwicklung beeinträchtigt dadurch, daß die Schwangere materiell Not leidet oder bei schwerer, oft noch gesundheitsgefährlicher Arbeit stehen muß, ohne Rücksicht auf das werdende, wachsende Kind unter ihrem Herzen. Die Unterstützung der Krankenkassen beginnt zu spät und ist unzureichend. Hilfe, die wirksam sein soll, muß Monate — nicht Wochen — vor der Entbindung einsehen. Vor allem muß der Schwangeren eine ausreichende und kräftige Ernährung sichergestellt werden. Ferner muß sie von allen körperlich schweren und der Gesundheit unzulässigen Arbeiten ferngehalten werden. Es darf nicht sein, daß schwangere Mädchen und Frauen bis kurz vor ihrer schweren Stunde Lasten schleppen, Karren schieben oder gar in gesundheitsgefährlichen Betrieben sitzen und die Frucht ihres Leibes vergiften.

Die Wöchnerinnen bedürfen nicht minder der weitestgehenden Fürsorge. Die Hilfe der Krankenkassen, so wertvoll sie ist, genügt auch für sie keineswegs. Vor allem deshalb nicht, weil sie nur der noch kranken Wöchnerin, nicht aber der stillenden Mutter gilt. Es ist heute ganz allgemein bekannt, daß das gestillte Kind gesünder, kräftiger, kurz lebensfähiger ist als das mit der Flasche aufgezogene. Daraus muß die Folgerung gezogen werden, daß nicht nur die Mutter, sondern die staatliche Gemeinschaft, das Reich, dafür sorgen muß, daß möglichst vielen Kindern die natürliche Ernährung gesichert wird. Das geschieht nicht, wenn die junge Mutter nach einigen Wochen, für die sie Krankenunterstützung erhält, wieder in die Fabrik, an die Maschine muß. Es ist bezeichnend und bedauerlich, aber nur eine Folge der wachsenden Industrialisierung unseres Erwerbslebens und der steigenden Mitarbeit der Frauen, daß die Zahl der gestillten Kinder (im Verhältnis zur Zahl der aufgezogenen) dauernd abnimmt. Im Jahre 1895 wurden in Berlin 432, im Jahre 1905 nur noch 313 vom Tausend aller Kinder gestillt. Es wird in den letzten Jahren sehr viel getan, um die Mütter von dem Wert des Stillens für das Gedeihen der Kinder zu überzeugen, aber es geschieht wenig, um allen stillfähigen Müttern nun auch das Stillen zu ermöglichen. Die Aufklärung hilft aber gar nicht, wenn die Armut die junge Mutter in die Fron treibt, sie von ihrem Kinde trennt und ihr jede Mütterpflicht zu genügen. Wer die Säuglinge schützen will, muß die Mütter schützen, wer den Kindern ihre natürliche Nahrungsquelle erhalten will, muß zunächst dafür sorgen, daß diese Quelle fließen kann.

Nach diesem Kriege wird voraussichtlich die Zahl der arbeitenden Frauen und Mädchen höher sein als vorher. Während des Krieges sind Hunderttausende von eingezogenen Männern durch weibliche Arbeitskräfte ersetzt worden. Sehr viele Frauen, die früher ihrer Familie lebten, hat der Krieg in die Erwerbsarbeit gezwungen. Manche von ihnen werden, wenn der Krieg zu Ende ist, die Erwerbsarbeit aufgeben, andre werden sie behalten wollen und behalten müssen. Entweder weil der Krieg die soziale Lage der Familie verschlechtert hat oder weil der Mann und Ernährer gefallen oder erwerbsunfähig geworden ist. Wieder andre wird das Annehmertum an die Fabrik zu ketten suchen, weil die Frau sich während des Krieges als anständige, fleißige und willige Arbeitskraft erwiesen hat. Damit schwillt das seither schon ungemein wichtige Problem der Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz zu geradezu unabsehbarer Bedeutung an. Es wird so wichtig, daß der Staat schon im Interesse seiner Selbsterhaltung eine Lösung versuchen muß.

Die Hauptchwierigkeit wird die Kostenfrage sein. Ohne Zweifel sind die Ausgaben, die eine zureichende Fürsorge für die Schwangeren und Wöchnerinnen erfordert, sehr hoch, aber unerlässlich sind sie nicht. Deutschland hat jährlich rund 2 Millionen Geburten. Rechnen wir damit, daß davon 1 1/2 Millionen der staatlichen Fürsorge bedürfen und daß diese Fürsorge für jeden einzelnen Frau 100 Mk. beträgt, so wären jährlich 150 Millionen Mark dafür erforderlich. Das ist gewiß an sich eine hohe Summe, aber ein Reich, das jetzt jeden Tag etwa 75 Millionen Mark für die Menschenvernichtung aufbringt, darf vor einer Jahresausgabe von 150 Millionen nicht zurückweichen, wenn diese Ausgabe der Menschenhaltung dienlich ist.

4. Säuglingsfürsorge und Kinderschutz.

Der Wöchnerinnenschutz muß die Säuglingsfürsorge folgen. Junge Mütter müssen beraten, kranke Säuglinge gepflegt, Flaschenkindern muß einwandfreie Milch gesichert werden. Das Fieh- und Haltekindertum ist schärfer zu beaufsichtigen, die Ausbeutung unerfahrener Mütter strenger zu bestrafen. Erkrankten Säuglingen ist unentgeltliche ärztliche Behandlung oder Anbringung in staatlichen Kliniken sicherzustellen. Solche Maßnahmen werden weniger die Finanzen als die Verwaltungsorgane des Staates belasten, aber trotzdem gute Früchte tragen.

Die Fürsorge für die vor- und schulpflichtigen Kinder liegt heute noch sehr im Argen. In Zukunft wird ihr schon deshalb mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen, weil die Zahl der ohne elterliche Aufsicht herantwachsenden Kinder größer wird. Hier können die Städte und Gemeinden viel tun durch Einrichtung gut geleiteter Kinderhorte. Was heute vorhanden ist, läßt meist alles zu wünschen übrig. Selbst große und reiche Städte überlassen die Fürsorge für die unbeaufsichtigten Kinder privaten Vereinigungen oder erlauben sie in einer Weise, die mehr Protest als Zustimmung auslösen muß. Wenn in irgendeiner finsternen, abgelegenen Gasse irgendein altes Gebäude in eine „Kleinkinderbewahranstalt“ umgewandelt wird — wir haben hier konkrete Fälle im Auge —, so heißt das von vornherein die Dinge beim verkehrten Ende anpacken. Kinderhorte müssen sonnig, luftig, freigelegten sein. Allerdings auch so, daß sie von den Müttern, die ihre Lieblinge dort unterbringen wollen oder müssen, ohne sonderliche Beschwerden erreicht werden können. Sie müssen ferner in ihrer ganzen Einrichtung, in ihrem Aufbau und in ihrer inneren Organisation auf ihren Zweck zugeschnitten sein. Die immer beladene Erzieherin, die Stillsitzende, die Demut predigende Tugendbewegerin müssen ferngehalten werden. Die Anstalten müssen so aufgebaut, ausgestaltet und geleitet werden, daß die Kinder sich freuen, ja stolz darauf sind, hingehen zu dürfen, und die Mütter gern und beruhigt ihre Kinder ihnen anvertrauen. Nicht wie heute, wo die Mütter und die Kinder meist die mangelhafte Privatpflege der „Kinderherberge“ noch vorziehen. Heute zeigt man in der Stadt dem Fremden noch das prunkvolle Rathaus oder ein massiges Denkmal als erste Sehenswürdigkeit — wenn man erst einmal mit Stolz die Kinderheime zeigen wird, dürfen wir uns eines gewaltigen Fortschritts freuen.

Die schulpflichtigen Kinder bedürfen gleichfalls einer besseren, weiterreichenden staatlichen Fürsorge. Schon durch Bereitstellung geeigneter Spielplätze und tüchtiger Spielleiter können manches gebessert werden. Noch mehr durch Errichtung staatlicher Anstalten, in denen die Kinder, denen die elterliche Aufsicht fehlt oder bei denen sie nicht genügt, sich sammeln können zu Spiel und Tätigkeit. Kinderleschulen und Jugendwerkstätten lassen sich ohne allzu erhebliche Aufwendungen einrichten und erhalten.

Nicht nur der Kinderschutz, sondern auch unser Jugendschutz ist verbesserungsbedürftig. Uns fehlt eine planmäßige Berufsberatung, ein ausreichender Schutz gegen die Ausbeutung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter. Die „körperliche Erziehung“ der Jugend, von der in den letzten Jahren recht viel geredet und geschrieben wurde, bestand vielfach in einseitiger Förderung des Sports und der Vorbereitungen für den Militärdienst. Die Versuche der organisierten Arbeiterschaft, in eigenen Organisationen die Arbeiterjugend körperlich und geistig herauszubilden, wurden nicht gefördert, sondern heftig bekämpft. Die Turnhallen wurden ihnen verweigert, ihre Vereinigungen wurden verboten. Heute scheinen manche Gegner der Arbeiterjugendbewegung einzusehen, daß man bei diesem Kampf wieder einmal nur die Fenster im eigenen Hause eingeschlagen hat. Vielleicht darf man daran gute Hoffnungen für die Zukunft knüpfen.

Eine umfassende Politik der Menschenerhaltung darf bei den Kindern und Jugendlichen nicht halbmachen. Sie muß überall eingreifen, wo Volkskraft gefährdet werden kann. Darüber noch einiges in einem dritten Artikel.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1914.

II.

Die Mitgliederbewegung

war schon in der ersten Hälfte des Jahres 1914 wenig erfreulich. Während im Jahre 1912 von Quartal zu Quartal sich eine Aufwärtsbewegung des Mitgliederbestandes zeigte, die auch bis Mitte des Jahres 1913 anhielt, trat in den letzten beiden Quartalen 1913 und in dem ersten Quartal 1914 ein Mitgliederabgang ein. Die Zentralverbände hatten Mitglieder:

| am Schlusse des | 1912 | 1913 | 1914 |
|-----------------------|-----------|-----------|-----------|
| 1. Quartals | 2 476 407 | 2 567 693 | 2 478 861 |
| 2. Quartals | 2 533 715 | 2 576 608 | 2 482 046 |
| 3. Quartals | 2 572 624 | 2 547 209 | 1 677 494 |
| 4. Quartals | 2 559 781 | 2 493 933 | 1 485 428 |

Nach dem zweiten Quartal 1914 begann der Mitgliederbestand zu wachsen. Nach Ausbruch des Weltkrieges verringerte sich die Mitgliederzahl um nahezu die Hälfte und ging im letzten Quartal des Jahres 1914 um weitere 200 000 zurück. Der Verlust von 996 600 Mitgliedern ist nicht allein auf die Einziehung der Wehrfähigen zurückzuführen, denn diese werden bis zum Jahreschluss mit 746 551 angegeben. Es mag unter den Mitgliedern, die der Organisation nach Kriegsausbruch verloren gingen, noch eine beträchtliche Anzahl geben, die sich bei dem Eintritt in das Heer bei der Organisation nicht angemeldet haben. Doch ist sicher ein Mitgliederverlust zu verzeichnen, für den diese Annahme nicht zutrifft. Hierzu kommen andre Umstände für das Ausschneiden aus der Organisation in Frage. Der Schluss zahlreicher Betriebe nach Kriegsausbruch, die dann folgende wochenlange Arbeitslosigkeit, ungenügendes Vertrauen zum Verbandsrat mag manche nicht willig mit der Organisation Verbundene zum Abfall veranlassen haben. Dazu kommt, daß einige Grenzgebiete

Deutschlands von den Truppen der feindlichen Mächte besetzt wurden. Daß hier die Organisation vernichtet ist und, da diese Gebiete zum Teil die Operationsbasis für die Kämpfe bildeten und noch bilden, nicht wieder aufgebaut werden konnte, ist selbstverständlich. Die Zentralverbände hatten Ende 1913 insgesamt 11 707 Zweigvereine, am Schlusse des Jahres 1914 deren aber nur 10 980. Es waren 727 Zweigvereine eingegangen. Mit ihrem Verlust war auch der der ihnen angehörenden Mitglieder eingetreten, auch jener Mitglieder, die nicht zum Heeresdienst einberufen wurden. In andern, nicht in den Grenzbezirken gelegenen Orten mögen lokale Verhältnisse dahin gewirkt haben, daß Gewerkschaftsmitglieder dem Verbandsrat zurückkehrten. Immerhin ist, wenn man alle in Betracht kommenden Umstände berücksichtigt, der Mitgliederverlust nicht so bedeutend, als bei Kriegsausbruch zu befürchten war.

Besonders unerfreulich ist es, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder um rund 20 000 zurückgegangen ist. Seit Kriegsausbruch ist mit jedem Monat die Zahl der Arbeiterinnen, die in Industrie, Handel und Verkehr Beschäftigung fanden, gewachsen. Folgerichtig hätte auch die Zahl der weiblichen Mitglieder wachsen müssen. Statt dessen ist sie dauernd und erheblich — von 223 676 auf 203 648 — gesunken. Für diesen Rückgang gelten zunächst die gleichen Gründe, die für den Rückgang der männlichen Mitglieder in Frage kommen, soweit er nicht durch Einberufung zum Heer eingetreten ist. Doch dürfen hier noch besondere Gründe in Betracht zu ziehen sein. Wenn nach Wiedereröffnung der Betriebe, nachdem die erste Panik, die der Kriegsausbruch brachte, überwunden war, betriebsfremde Arbeiterinnen in Arbeit trafen, so fanden sie vielfach nicht die Vertrauensleute der Gewerkschaften vor, die sie zur Organisation herangezogen hätten. Diese standen zum Teil im Felde. Vielleicht auch hat die in den meisten Organisationen nach Kriegsausbruch erfolgte Aufhebung der Krankenunterstützung bei den Arbeiterinnen das Interesse für die Organisation verringert. Es kommen mancherlei Ursachen für die auffällige Erscheinung der Verringerung der Zahl der weiblichen Mitglieder in Frage, die sich kaum im einzelnen werden nachprüfen lassen.

Dieser Rückschlag darf uns jedoch keinesfalls mißmutig machen. Im Gegenteil; die gesteigerte Erwerbstätigkeit, das Eindringen der Frauen in Berufe, die ihnen bisher verschlossen waren, muß die Anstrengung, die Arbeiterinnen zu organisieren, verstärken. Die Erwerbsarbeit der Frau hört auf nachteilig auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuwirken, wenn die Arbeiterinnen organisiert sind. Diese nicht als Konkurrenten zu betrachten, sondern sie als Mitarbeiterinnen und Kolleginnen in die Gewerkschaften hineinanzuziehen, ist gegenwärtig und in der nächsten Zeit eine wichtige Aufgabe, wichtiger, als sie je zuvor war.

Die Finanzen der Zentralverbände sind, wie nicht anders zu erwarten war, durch den großen Mitgliederverlust im zweiten Halbjahr ungünstig beeinflusst worden. Im ersten Halbjahr betrug die Einnahme an Beiträgen 37 717 301 Mk. oder pro Kopf der Mitglieder 15,18 Mk., im zweiten Halbjahr jedoch nur 27 519 395 Mark, pro Kopf der Mitglieder jedoch 16,73 Mk. Die Ausgaben sind ebenso gestiegen wie die Einnahmen gesunken. Es wurden z. B. für die Arbeitslosenunterstützung im ersten Halbjahr 7 754 382 Mk., das sind pro Mitglied 3,12 Mk., im zweiten Halbjahr dagegen 15 920 000 Mk., das sind pro Mitglied 9,68 Mk., ausgegeben. Die Ausgabe aller Verbände für das ganze Jahr 1914 beläuft sich auf 79 547 272 Mk., pro Mitglied 38,76 Mk. 1913 wurden dagegen nur 74 904 962 Mk., also 4,6 Millionen Mark weniger verausgabt, und die auf jedes Mitglied entfallende Rate betrug nur 29,39 Mk. In vollem Umfang läßt sich der Einfluß des Krieges auf die Ausgaben der Zentralverbände erst erkennen beim Vergleich der Ausgaben im einzelnen. Die Gegenüberstellung einiger wichtiger Posten gibt darüber einen guten Aufschluß. Es wurden verausgabt:

| | im 1. Halbjahr absolut pro Mitglied | im 2. Halbjahr absolut pro Mitglied | 1914 zusammen absolut pro Mitglied |
|--|-------------------------------------|-------------------------------------|------------------------------------|
| für Arbeitslose | 7 754 382 3,12 | 15 920 096 9,68 | 23 674 478 11,56 |
| • Krankenkassen | 8 205 956 3,30 | 2 430 833 1,48 | 10 636 789 5,30 |
| • Unterstützung in Notfällen | 867 879 0,44 | 2 855 916 1,74 | 3 457 391 1,69 |
| • Streiks, Aussp. | 4 004 765 1,61 | 1 126 927 0,68 | 5 217 641 2,54 |
| • Verbandsergänzung | 1 809 262 0,73 | 762 176 0,46 | 2 079 049 1,01 |
| • Agitation | 1 511 974 0,61 | 916 252 0,56 | 2 368 198 1,25 |

Einigen Verbänden war es leider nicht möglich, auch die aus Vorkassens gemachten Ausgaben nach Halbjahren anzugeben; dadurch weisen die Ausgaben für das gesamte Jahr höhere Summen auf, als sie für die beiden Halbjahre zusammen angegeben sind. Da von fast allen Verbänden nach Kriegsausbruch die Krankenunterstützung aufgehoben oder doch stark eingeschränkt wurde, auch die Führung von Streiks unterließ, so ist bei diesen Posten die Ausgabe im zweiten Halbjahr erheblich geringer als im ersten. Nur für den Monat Juli kamen diese Ausgaben noch in vollem Umfang in Betracht. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung war im zweiten Halbjahr um 8,2 Millionen Mark höher als im ersten. Auch die Unterstützung in Notfällen weist im zweiten Halbjahr eine erhebliche Steigerung auf. An Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer wurden bis Jahreschluss 6 475 569 Mark verausgabt. Die gesamte Ausgabe für Unterstützung betrug 1914 54,1 gegen 1913 nur 47,7 Millionen Mark.

Der Vermögensbestand aller Verbände ging von 88 069 295 Mark im Jahre 1913 auf 81 415 535 Mk. zurück. Dieser Ver-

mögensrückgang ist verhältnismäßig gering, so daß trotz der großen Anforderungen, die die Kriegszeit an die Zentralverbände stellte, die Finanzlage derselben als günstig bezeichnet werden kann.

Alles in allem zeigt die Statistik für das Jahr 1914, daß die freien Gewerkschaften die ersten 5 Monate des Weltkrieges besser überstanden haben, als selbst ihre Freunde zu hoffen wagten.

Bedenkliche Zahlen.

Vom Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommission wird uns geschrieben: Seit dem Jahre 1899 konnten die Gewerkschaften über ein Ansteigen der Zahl der in den Zentralverbänden organisierten Arbeiterinnen berichten, das nur einmal, im Krisenjahr 1909, eine Unterbrechung erfuhr.

Es ist dies verständlich, wenn man an die Wirkungen des Krieges auf das Wirtschaftsleben und auf die Verhältnisse der Arbeiterin denkt. Sogar nach der Kriegserklärung stockte nahezu das gesamte Wirtschaftsleben.

Dazu kam der Mitgliederverlust durch die Einberufung der Männer zum Heeresdienst. Bis zum Jahreschluß waren rund 750 000 Gewerkschaftsmitglieder als zum Kriegsdienst eingezogen gemeldet.

Gemeinverständlich ist aber, daß sich der Rückgang nicht nur auf die Zahl der männlichen Mitglieder beschränkt, sondern daß während der Kriegszeit auch die Zahl der organisierten Arbeiterinnen ganz erheblich abgenommen hat.

Der Bericht enthält zum größten Teil auf das zweite Halbjahr. Die durchschnittliche Mitgliederzahl im ersten Halbjahr betrug 222 788. Sie war gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1914 um 5477 niedriger.

Nur fünf Verbände, die der Metzger, Handlungsgehilfen, Lithographen, Sattler und Landarbeiter, weisen im zweiten Halbjahresdurchschnitt ihrer Mitgliederzahl Zunahmen in der Zahl der weiblichen Mitglieder auf, mit insgesamt 294, weder auf den Handlungsgehilfenverband allein 220 entfallen.

An dieser Stelle kann nicht achtlos vorübergegangen werden. Man was verstehen, die Ursachen dafür zu ergründen. Dieser gibt es eine ganze Reihe. Zunächst muß beachtet werden, daß die Zahlen aus einer Zeit stammen, in der Arbeitslosigkeit in den Kreisen der Arbeiterinnen fast verbreitet war.

Der Krieg hat aber von Anfang an in die Reihen der Gewerkschaftsfunktionäre Lücken gerissen und die Zurückgebliebenen vor Aufgaben gestellt, die ihre Zeit und ihre Arbeitskraft demütig im Anspruch haben, daß für die Agitation nicht viel übrig blieb.

tion nur nach ihrer materiellen Leistung beurteilen. Daß solche Mitglieder zu den Reihen der Arbeiterinnen besonders zahlreich zu suchen sind, liegt z. T. daran, daß die Bestrebungen, auch Frauen zu organisieren und als gleichwertige Mitglieder anzusehen, noch verhältnismäßig neueren Datums sind.

Ein weiterer Grund war die starke Inanspruchnahme berufstätiger Frauen durch die Erwerbsarbeit. Sie ließ ihnen keine Zeit für Versammlungsbesuche. Die von einer Anzahl Arbeiterinnen erzielten guten Verdienste gaben ebenfalls Anreiz, die Gewerkschaftsfunktionen, die durch ihre Tätigkeit während der Kriegszeit Arbeiterinnen erhebliche Vorteile verschafft hatten, zu verlassen.

Eine große Rolle spielt aber auch die seelische Verfassung vieler arbeitenden Frauen und Mädchen, deren Angehörige im Felde stehen. Daß jene jetzt keinen Sinn für Organisation und Versammlungen haben, ist leicht zu verstehen. Viele Frauen haben auch kein Geld, die Beiträge zu zahlen.

Nicht übersehen darf auch werden, daß in Arbeiterkreisen die Meinung stark verbreitet ist und genährt wird, eine andre Haltung der politischen Arbeiterorganisation hätte den Krieg verhindern oder doch längst beendigen können.

Es wirken also verschiedene Ursachen gemeinsam an dem Rückgang der Zahl weiblicher Gewerkschaftsmitglieder. Ein wichtiger Umstand bleibt dabei die Arbeitslosigkeit, unter der eine ganze Reihe Arbeiterinnen eine Zeitlang litten und auch heute noch oder schon wieder leiden.

Es ist weiter damit zu rechnen, daß die gemachten Angaben nicht ganz die tatsächlichen Verhältnisse wiedergeben. Die überlasteten Funktionäre, die vielfach erst neu auf ihre Posten gestellt worden sind, können sich eben nicht so der Feststellung des Mitgliederbestandes widmen, wie dies in Friedenszeiten geschehen konnte.

Alle Gründe aber vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß trotz Zunahme der Frauenerwerbsarbeit die Zahl der organisierten Arbeiterinnen zurückgegangen ist. Das ist ein recht bedenkliches Zeichen.

Je weiter die unorganisierte Frauenerwerbsarbeit in die Ferne dringt, desto weniger Aussicht besteht, der Arbeiterin den Anspruch am Ertrage ihrer Arbeit zu sichern, der ihnen nach billigen Ermessen zukommt.

Kriegsfürsorge in Württemberg.

In Württemberg sind in letzter Zeit auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge einige bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden. Im Anschluß an Bemerkungen, die sich mit der Einbürgerung der Textilindustrie durch die Staatsverwaltung des Bundesrats und der darauf geschaffenen Vorlage für die Kriegsfürsorge bezieht, werden Grundzüge für eine allgemeine Fürsorge für Arbeitslose entworfen.

Der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die Versicherungsanstalt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als zentrale Stelle zur Verfügung gestellt. Gemeinden, Bürgervereine und die Versicherten sollen für den Bau von Kleinwohnungen das Geld zu 3 1/2 Prozent erhalten, für die Ausgestaltung von Wohnstätten soll es zu 5 Prozent herangezogen werden.

gewendeten Arbeitslöhnen bemessen wird und 10 bis 15 Prozent der Löhne betragen soll. Bedingung ist, daß die bei den Hilfsarbeiten gehaltenen Löhne für verheiratete Arbeiter mindestens 80 Prozent, für ledige mindestens 60 Prozent des geltenden Ortslohnes betragen.

Die eigentlichen Grundzüge für eine Kriegsarbeitslosenfürsorge, die den Gemeinden die Gestaltung solcher Einrichtungen geben sollen, umgeben eintendend den Kreis der zu unterstützenden Personen. Es heißt da, daß alle bisher erwerbstätigen Personen, die infolge des Krieges erwerbslos und unterstützungsbedürftig geworden sind, vor allem männliche und weibliche Arbeiter, Angestellte, Dienstboten sowie minderbemittelte Gewerbetreibende aller Art für die Fürsorge in Betracht kommen.

| Bei einer alleinlebenden weiblichen Person | 9 Mtl. | männlichen | 10 " |
|--|--------------------|------------|------|
| " " Familie aus 2 Köpfen | 14 " | " " " " " | 16 " |
| " " " " " | 3 " | " " " " " | 18 " |
| " " " " " | 4 " | " " " " " | 20 " |
| " " " " " | 5 " | " " " " " | 22 " |
| " " " " " | 6 " | " " " " " | 24 " |
| " " " " " | 7 " | " " " " " | 26 " |
| " " " " " | 8 " | " " " " " | 28 " |
| " " " " " | 9 " | " " " " " | 30 " |
| " " " " " | 10 und mehr Köpfen | " " " " " | 33 " |

Diese Regelätze sollen mit zunehmender Kriegsdauer von Zeit zu Zeit nachgeprüft werden. Uebrigens sollen an Stelle der Geldeleistungen zunächst Sachleistungen (Speisung, Lebensmittel, Brennstoffe, Bekleidung u. a.) geleistet werden.

Für die Kriegstranenfürsorge hat die Versicherungsanstalt zunächst 250 000 Mark zur Verfügung gestellt. Von dieser Summe erhalten diejenigen Krankenkassen und Fürsorgeeinrichtungen, die den Familien bedürftiger Kriegsteilnehmer und erwerbsloser Arbeiter Unterstützung gewähren, einen Teil ihrer Ausgaben erstattet.

Den gegen Krankheit nicht versicherten Erwerbslosen und ihren Familien werden auf Kosten der Gemeinde folgende Leistungen gewährt: Freie ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei sowie Stärkungsmittel, ferner ein Sterbegeld, das beim Tode eines Kindes unter 14 Jahren 30 Mtl., beim Tode eines Kindes über 14 Jahre oder eines erwachsenen Angehörigen 45 Mtl., beim Tode des Haushaltungsvorstandes oder seiner Ehefrau 60 Mtl. beträgt.

So weit die Grundzüge. Selbst bei kritischer Betrachtung wird man zugeben müssen, daß die Verhältnisse viel sozialer Verständnis gezeigt und sich von übergroßer Engbergigkeit freigekannt haben.

Gewerkschaftspressen und Ernährungsfragen.

Mit dem Verhalten der Gewerkschaften, besonders mit der Haltung der Gewerkschaftspressen, beschäftigt sich eine halbamtliche Korrespondenz in einer Zeitschrift an die Presse. Es heißt darin:

Die freien Gewerkschaften, deren Stellung und Bedeutung noch unmittelbar vor dem Kriege schon umstritten war, haben sich in dem Kampfsjahr, das hinter uns liegt, als nützliche und wertvolle, ja in gewissem Sinne unentbehrliche Organe des nationalen Wirtschafts- und Gemeinwohllebens erwiesen.

Eine besonders große und wichtige Aufgabe fällt den Gewerkschaften auf dem Gebiete der Ernährungsfragen zu. Die Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftsblätter besitzen einschneidenden Einfluß auf erhebliche Massen der städtischen Bevölkerung.

